

## Gemeinschaftskunde Curriculum für die Klassen 11/12

3.2 Klassen 11/12 (Basisfach) <span style="float: right;">☐</span>			
<b>3.2.1 Internationale Beziehungen</b>	3.2.1.1 Grundlagen des internationalen Systems	3.2.1.2 Frieden und Sicherheit	3.2.1.3 Deutsche Außenpolitik
	3.2.1.4 Globales Regieren		
<b>3.2.2 Politisches System</b>	3.2.2.1 Grundlage des politischen Systems	3.2.2.2 Politische Teilhabe	3.2.2.3 Gesetzgebung und Regieren

3.3 Klassen 11/12 (Leistungsfach) <span style="float: right;">☐</span>			
<b>3.3.1 Gesellschaft</b>	3.3.1.1 Gesellschaftsstruktur und gesellschaftlicher Wandel	3.3.1.2 Ausgestaltung des Sozialstaats	3.3.1.3 Politik der Chancengleichheit
<b>3.3.2 Politisches System</b>	3.3.2.1 Grundlage des politischen Systems	3.3.2.2 Politische Teilhabe	3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren
	3.3.2.4 Kontrolle politischer Herrschaft		
<b>3.3.3 Wirtschaftspolitik</b>	3.3.3.1 Grundlagen der Wirtschaftspolitik	3.3.3.2 Wohlstand und Wirtschaftswachstum	3.3.3.3 Aufgaben nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik
<b>3.3.4 Internationale Beziehungen</b>	3.3.4.1 Grundlagen des internationalen Systems	3.3.4.2 Frieden und Sicherheit	3.3.4.3 Wohlstand und Wohlstandsverteilung
	3.3.4.4 Deutsche Außenpolitik	3.3.4.5 Globales Regieren	

### 3.2.1 Internationale Beziehungen

#### 3.2.1.1 Grundlagen des internationalen Systems

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage finden, wie das internationale System aufgebaut ist (Ordnung und Struktur), welche Regeln die internationale Politik bestimmen (Regeln und Recht), wie Entscheidungen in den internationalen Beziehungen getroffen werden (Macht und Entscheidung), welche Akteure die internationale Politik beeinflussen (Privatheit und Öffentlichkeit) und welche Handlungsmotive das Verhalten der Akteure bestimmen (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) die Struktur des internationalen Systems beschreiben (Anarchie, Sicherheitsdilemma, Interdependenzen)

(2) Akteure der internationalen Beziehungen beschreiben (Staaten, internationale Organisationen, transnationale Akteure) und ihre Handlungsmotive charakterisieren (Durchsetzung von Eigeninteressen, Einhaltung von Normen)

(3) Rahmenbedingungen der Politik im Nationalstaat mit denen der internationalen Politik vergleichen (Gewaltmonopol, Gesetzgebung, Durchsetzung von Entscheidungen)

#### 3.2.1.2 Frieden und Sicherheit

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie Frieden bewahrt, geschaffen und gesichert werden kann (Interessen und Gemeinwohl), welche rechtlichen Regelungen die internationalen Beziehungen bestimmen und wie Regelverletzungen geahndet werden (Regeln und Recht), wer mit welcher Legitimation Entscheidungen treffen kann (Macht und Entscheidung) und welche Akteure im Sachbereich Sicherheit die internationale Politik beeinflussen (Privatheit und Öffentlichkeit).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) Bedrohungen für die internationale Sicherheit erläutern (zum Beispiel Staatszerfall, Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Territorialkonflikte, Ressourcenkonflikte, Klimawandel, Cyber-Angriffe)

(2) den erweiterten Sicherheitsbegriff beschreiben (Sach-, Referenz-, Gefahren-, Raumdimensionen)

(3) den Wandel von klassischen Kriegen zu „Neuen Kriegen“ charakterisieren (Akteure, Ziele, Mittel)

(4) die Weiterentwicklung der UN-Mandate vom klassischen Peacekeeping (Überwachung von Waffenstillständen) zum komplexen Peacekeeping (vorübergehende Übernahme von Regierungsverantwortung, Aufbau funktionsfähiger staatlicher Institutionen durch zivile Fachkräfte, Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen durch NGOs) erläutern

(5) die NATO als System der kollektiven Verteidigung (Art. 5 NATO-Vertrag) beschreiben und die NATO-Strategie vor dem Hintergrund der aktuellen Sicherheitslage erörtern

(6) das Konzept der Schutzverantwortung der Staaten im humanitären Völkerrecht beschreiben (Universalität und Schutz von Menschenrechten, humanitäre Katastrophen als Friedensbedrohung, humanitäre Interventionen zur Sicherung der Menschenrechte)

(7) das Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Souveränität einerseits und Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft sowie humanitären Interventionen andererseits darstellen

(8) Möglichkeiten zum Schutz der Menschenrechte durch internationale Organisationen (UN-Sicherheitsrat, UN-Menschenrechtsrat, ein internationales Strafgericht) und durch NGOs erläutern

(9) Maßnahmen von UNO, NATO und NGOs zur Bewahrung, Schaffung und Sicherung des Friedens bewerten

### 3.2.1.3 Deutsche Außenpolitik

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, inwieweit Normen die deutsche Außenpolitik bestimmen (Interessen und Gemeinwohl), welche rechtlichen Regelungen die deutsche Außenpolitik bestimmen (Regeln und Recht) und welche Rolle Deutschland in internationalen Organisationen spielt (Macht und Entscheidung).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) Grundlagen der deutschen Sicherheitspolitik beschreiben (Präambel, Art. 24, 26 GG, Parlamentsarmee)

(2) die Mitwirkung Deutschlands in NATO und UNO beschreiben

(3) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit die deutsche Außenpolitik dem Zivilmächtskonzept entspricht (Einhegung militärischer Gewalt, Umsetzung international akzeptierter Normen, Entwicklung internationaler Institutionen)

(4) Anti-Terror-Gesetze im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit bewerten

### 3.2.1.4 Globales Regieren

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, welche unterschiedlichen Formen des Regierens die internationalen Beziehungen bestimmen (Macht und Entscheidung) und welche Bedeutung die UNO für die internationale Politik hat (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) unterschiedliche Formen des Regierens in den internationalen Beziehungen erläutern (durch Staaten, mit Staaten, ohne Staaten)

(2) die UNO als Akteur in den internationalen Beziehungen bewerten (Konfliktlösung, Befriedung der internationalen Beziehungen, Schutz der Menschenrechte, Förderung nachhaltiger Entwicklung)

## 3.2.2 Politisches System

### 3.2.2.1 Grundlagen des politischen Systems

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, welche unterschiedlichen Formen politischer Systeme es gibt (Ordnung und Struktur), wie in den unterschiedlichen Systemen politische Entscheidungen getroffen werden (Macht und Entscheidung) und wie politische Herrschaft legitimiert wird (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) demokratische, autoritäre und totalitäre Typen politischer Systeme vergleichen (zum Beispiel Herrschaftslegitimation, -zugang, -anspruch, -monopol, -struktur und -weise)

(2) Staatsstrukturprinzipien nach Art. 20, 23, 24 GG erläutern (Demokratie, Rechtsstaat, Bundesstaat, Republik, Sozialstaat, offene Staatlichkeit)

### 3.2.2.2 Politische Teilhabe

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie politische Herrschaft in Deutschland legitimiert wird, ob die Teilhabemöglichkeiten der Bürger erweitert werden sollen (Macht und Entscheidung), welchen Beitrag die Beteiligungsverfahren zum demokratischen und gewaltfreien Lösen von Interessenkonflikten leisten und wie die Demokratie weiterentwickelt und gesichert werden kann (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) das Wahlsystem zum Bundestag mit reinen Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen in anderen Staaten vergleichen (Legitimation, Repräsentation, Regierungsbildung)

(2) das Wahlsystem zum Bundestag bewerten

(3) Ursachen des Nichtwählens (Protest, Politikferne, Zufriedenheit) beschreiben und mögliche Folgen einer geringen Wahlbeteiligung (fehlende Legitimation, Interessendurchsetzung wahlaktiver Minderheiten) erläutern

(4) den Zusammenhang von sozialem Status (Milieuzugehörigkeit, Bildung) und der Partizipation der Bürger erklären sowie die Folgen für die Demokratie bewerten

(5) die Bedeutung der Medien für die politische Teilhabe erläutern (zum Beispiel Meinungs- und Pressefreiheit, Medienkonsum, Medialisierung der Wahlkämpfe, Medialisierung der Politik)

(6) die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten um dialogorientierte Partizipationsformen und Bürgerbeteiligung erörtern (zum Beispiel Zukunftswerkstatt, Mediation, Beteiligungshaushalt, Beteiligungsportale)

(7) Möglichkeiten der Bürger, ihre Interessen in der repräsentativen Demokratie Deutschlands in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen, bewerten

### 3.2.2.3 Gesetzgebung und Regieren

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, wie staatliche Macht in Deutschland sowie zwischen Deutschland und der Europäischen Union verteilt ist, wie staatliche Macht in Deutschland kontrolliert wird (Macht und Entscheidung), wie das politische System Deutschlands aufgebaut ist (Ordnung und Struktur) und welchen Beitrag Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens in Deutschland leisten (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) die Bedeutung der Exekutive für den Gesetzgebungsprozess erläutern (Initiativrecht, Ministerialbürokratie)

(2) die Mitwirkung des Bundesrats an der Gesetzgebung erläutern (einfache und zustimmungspflichtige Gesetze, Vermittlungsausschuss)

(3) die Europäisierung der Gesetzgebung erläutern (zum Beispiel EU-Verordnungen, -Richtlinien, -Beschlüsse und -Empfehlungen, Entscheidungen des EuGH)

(4) die Entscheidungsfindung im föderalen System Deutschlands mit der Vielzahl an Mitregenten und Vetospielern bewerten (EU, Interessenverbände, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht)



### 3.3 Klassen 11/12 (vierstündiger Kurs)

#### 3.3.1 Gesellschaft

##### 3.3.1.1 Gesellschaftsstruktur und gesellschaftlicher Wandel

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie die Gesellschaft Deutschlands aufgebaut ist (Ordnung und Struktur) und wie gesellschaftliche Gleichheit oder Ungleichheit legitimiert werden kann (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) Modelle der sozialen Differenzierung charakterisieren (Schichtmodell, soziale Milieus, Modell von Exklusion und Inklusion)

(2) die Konzepte von Rawls und Nozick zu sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit vergleichen (Gerechtigkeitsgrundsätze, Rechte und Verpflichtungen der Bürger gegenüber dem Staat, Begründungen des zulässigen Ausmaßes an Ungleichheit, Funktionen des Staates)

(3) den gesellschaftlichen Wandel mithilfe von Material analysieren (Werte, Familie, Demografie, Digitalisierung)

##### 3.3.1.2 Ausgestaltung des Sozialstaats

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, welche Regelungen das Grundgesetz zur Ausgestaltung des Sozialstaats enthält (Regeln und Recht), welche unterschiedlichen Vorstellungen es zur Umsetzung des Sozialstaatsgebots gibt (Interessen und Gemeinwohl), welche wohlfahrtsstaatlichen Leistungen der Staat übernehmen soll (Privatheit und Öffentlichkeit) und wie der Sozialstaat ausgestaltet ist (Ordnung und Struktur).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) Aufgaben des Sozialstaats erläutern (soziale Sicherung, sozialer Ausgleich, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe, sozialer Frieden, wirtschaftliche Stabilisierung)

(2) die Ausgestaltung des Sozialstaats nach dem Versicherungs-, Fürsorge- und Versorgungsprinzip charakterisieren (Zielsetzung, Anspruchsberechtigte, Finanzierung, Gestaltungsprinzip)

(3) das im Grundgesetz verankerte Spannungsverhältnis von individueller Freiheit und Sozialstaatsgebot erklären (Art. 1, 2 Abs. 1, 20 GG)

(4) Modelle des Wohlfahrtsstaats nach Esping-Andersen (liberal, konservativ, sozialdemokratisch) vergleichen (Dekommodifizierung, Bedeutung von Familie, Markt und Staat, sozialpolitische Hauptanliegen)

(5) neue soziale Risiken als Herausforderungen für den Sozialstaat erläutern (demografischer Wandel, Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, Wandel der Familie)

(6) eine sozialstaatliche Reformmaßnahme bewerten

### 3.3.1.3 Politik der Chancengleichheit

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie sich Ungleichheit in Deutschland entwickelt und wie sich die Gesellschaft zusammensetzt (Ordnung und Struktur), ob der Staat Einkommen und Vermögen umverteilen soll (Knappheit und Verteilung) und inwieweit es dem Staat gelingt, Chancengleichheit herzustellen (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

#### Verteilungspolitik

- (1) die Entwicklung der vertikalen Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen mithilfe von Material analysieren
- (2) politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen ungleicher Einkommens- und Vermögensverteilung erläutern
- (3) Maßnahmen der Umverteilung durch den Staat erläutern (Steuern, Transferzahlungen, sozial gestaltetes öffentliches Güterangebot)
- (4) die Einkommensbesteuerung beschreiben (Grundfreibetrag, Progression, Kinderfreibetrag, Spitzensteuersatz, Durchschnittssteuersatz) und deren Ausgestaltung bewerten
- (5) erörtern, ob durch staatliche Maßnahmen die Vermögensunterschiede in einer Gesellschaft reduziert werden sollen (zum Beispiel Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer, Vermögensabgabe)
- (6) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit durch Umverteilungspolitik gleiche Chancen zur politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe gewährleistet werden
- (7) Migrationsbewegungen innerhalb der EU und die Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland und der EU mithilfe von Material analysieren
- (8) politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen von Zuwanderung
- (9) Maßnahmen staatlicher Migrations- und Integrationspolitik (Regulierung der Zuwanderung, Zugang zum Arbeitsmarkt, Sprach- und Bildungsförderung, Abbau kultureller Barrieren, Staatsangehörigkeitsrecht) und zivilgesellschaftliche Initiativen zur Integrationsförderung erläutern
- (10) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit durch Integrationspolitik gleiche Chancen zur politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe gewährleistet werden

#### Bildungspolitik

- (11) die Entwicklung der Teilnahme an Bildung und die Entwicklung der Bildungsabschlüsse sowie die Einflussfaktoren darauf (soziale Herkunft, Migrationshintergrund, Geschlecht) mithilfe von Material analysieren
- (12) politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen von ungleichen Bildungschancen erläutern
- (13) Maßnahmen staatlicher Bildungspolitik und gesellschaftliche Initiativen zur Bildungsförderung erläutern
- (14) mithilfe von Material überprüfen, inwieweit durch Bildungspolitik gleiche Bildungschancen gewährleistet werden

### 3.3.2 Politisches System

#### 3.3.2.1 Grundlagen des politischen Systems

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, welche unterschiedlichen Formen politischer Systeme es gibt (Ordnung und Struktur), wie in den unterschiedlichen Systemen politische Entscheidungen getroffen werden (Macht und Entscheidung) und wie politische Herrschaft legitimiert wird (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

- (1) neuzeitliche Vertragstheorien zur Legitimation politischer Herrschaft (Hobbes, Locke und Rousseau) vergleichen (Menschenbild, Begründung des Vertrags, Staatsstruktur, Rechte des Einzelnen, Gemeinwohlverständnis)
- (2) neuere Demokratietheorien (Schumpeter, Habermas, Scharpf) in Bezug auf die Input- und Output-Legitimation vergleichen
- (3) demokratische, autoritäre und totalitäre Typen politischer Systeme vergleichen (zum Beispiel Herrschaftslegitimation, -zugang, -anspruch, -monopol, -struktur und -
- (4) Wechselwirkungen zwischen politischer Ordnung und Wirtschaftsordnung erläutern
- (5) Modelle der Demokratie charakterisieren (plebiszitär – repräsentativ, parlamentarisch-präsidentiell, Konkordanz – Konkurrenz)
- (6) Staatsstrukturprinzipien nach Art. 20, 23, 24 GG erläutern (Demokratie, Rechtsstaat, Bundesstaat, Republik, Sozialstaat, offene Staatlichkeit)

#### 3.3.2.2 Politische Teilhabe

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie politische Herrschaft in Deutschland legitimiert wird, ob die Teilhabemöglichkeiten der Bürger erweitert werden sollen (Macht und Entscheidung), welchen Beitrag die Beteiligungsverfahren zum demokratischen und gewaltfreien Lösen von Interessenkonflikten leisten und wie die Demokratie weiterentwickelt und gesichert werden kann (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

- (1) das Wahlsystem zum Bundestag mit reinen Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen in anderen Staaten vergleichen (Legitimation, Repräsentation, Regierungsbildung)
- (2) das Wahlsystem zum Bundestag bewerten
- (3) Wahlverhalten anhand der Rational-Choice-, der soziologischen und der individualpsychologischen Theorie erklären
- (4) Ursachen des Nichtwählens (Protest, Politikferne, Zufriedenheit) beschreiben und mögliche Folgen einer geringen Wahlbeteiligung (fehlende Legitimation, Interessendurchsetzung wahlaktiver Minderheiten) erläutern
- (5) den Zusammenhang von sozialem Status (Milieuzugehörigkeit, Bildung) und Partizipation der Bürger erklären sowie die Folgen für die Demokratie bewerten

(6) die Bedeutung der Medien für die politische Teilhabe erläutern (zum Beispiel Meinungs- und Pressefreiheit, Medienkonsum, Medialisierung der Wahlkämpfe, Medialisierung der Politik)

(7) die Entstehung von Parteien und die Struktur des Parteiensystems anhand eines Modells erklären (zum Beispiel Cleavage-Modell)

(8) Kritik am Einfluss der Parteien auf Staat und Gesellschaft erörtern (Besetzung von Ämtern, Einflussnahme auf die Medien)

(9) die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten um dialogorientierte Partizipationsformen und Bürgerbeteiligung erörtern (zum Beispiel Zukunftswerkstatt, Mediation, Beteiligungshaushalt, Beteiligungsportale)

(10) das politische System der Schweiz als halbdirekte Demokratie charakterisieren und eine Erweiterung des repräsentativen Systems Deutschlands durch plebiszitäre Elemente bewerten

(11) Möglichkeiten der Bürger, ihre Interessen in der repräsentativen Demokratie Deutschlands in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen, bewerten

### 3.3.2.3 Gesetzgebung und Regieren

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen geben, wie staatliche Macht in Deutschland sowie zwischen Deutschland und der Europäischen Union verteilt ist, wie staatliche Macht in Deutschland kontrolliert wird und welchen Einfluss nicht staatliche Akteure auf Gesetzgebung und Kontrolle haben (Macht und Entscheidung), wie das politische System Deutschlands aufgebaut ist (Ordnung und Struktur) und welchen Beitrag Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens in Deutschland leisten (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können

(1) die Pluralismustheorie Fraenkels charakterisieren

(2) den Einfluss von Interessenverbänden auf Parlament und Regierung erörtern (Einfluss auf die öffentliche Meinung, personelle und finanzielle Unterstützung, Expertise)

(3) den Einfluss der Medien auf Gesetzgebung und Regieren erläutern

(4) die Bedeutung der Exekutive für die Gesetzgebung erläutern (Initiativrecht, Ministerialbürokratie)

(5) die Mitwirkung des Bundesrats an der Gesetzgebung erläutern (einfache und zustimmungspflichtige Gesetze, Vermittlungsausschuss)

(6) die Europäisierung der Gesetzgebung erläutern (zum Beispiel EU-Verordnungen, -Richtlinien, -Beschlüsse und -Empfehlungen, Entscheidungen des EuGH)

(7) die Entscheidungsfindung im föderalen System Deutschlands mit der Vielzahl an Mitregenten und Vetospielern bewerten (EU, Interessenverbände, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht)